



In Kürze

Waffenstillstands-Gedenken in Berlin

Alle Luftschutzsirenen im britischen Sektor von Berlin werden am 11. November um 13 Uhr zur Erinnerung an den Waffenstillstand 1918 ertönen. Aller Verkehr wird zwei Minuten ruhen.

Ribbentrops Sekretärin verhaftet

Eine frühere Sekretärin des Nazi-Außenministers Joachim von Ribbentrop, Frau Grete Müller, wurde von Beamten der Militärregierung in Wiesbaden verhaftet. Sie wird in dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess als Zeugin auftreten.

Zum Jahrestag der Oktober-Revolution

Der Jahrestag der russischen Oktober-Revolution machte sich im Straßenspektakel in den russisch besetzten Stadtteilen durch Fahnen Schmuck und Anbringung von Spruchbändern an den Dienstgebäuden der Stadtverwaltung und den deutschen Zentralverwaltungsbehörden bemerkbar. Besonders reich illuminiert waren die von sowjetischem Militär beleuchteten Häuser. Sie trugen vielfach mit Glühbirnen beleuchtete Bilder des Marschalls Stalin.

Zu den Chinawirren

Associated Press meldet, daß kommunistische Truppen, die in großer Übermacht angegriffen hatten, zweimal die Hauptstadt der Provinz Suifu genommen haben. Weitere Berichte besagen, daß die Kommunisten auch im Besitz der Stadt Tatum (südwestlich von Kweisu) mit ihren wichtigen Eisenbahnstationen seien.

In Erwartung der Flüchtlinge

Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der drei Länder in der amerikanischen Zone wurde ein Komitee gebildet, das ausführliche Pläne für die Unterbringung der zu erwartenden Flüchtlinge auszuarbeiten hat.

Die Deutschen in Holland

Alle Deutschen, die schon vor 1940 in Holland ansässig waren und sich als wahre Freunde des holländischen Volkes erwiesen haben, können in Holland bleiben, wie Oberst Masz von der holländischen Militärverwaltung am Mittwoch im Rundfunk bekanntgab. Dagegen werden Deutsche, die sich als Nationalsozialisten erwiesen haben, ausgewiesen werden.

Präsident der französischen Konstituante

Die neue französische Konstituante wählte mit 512 gegen 22 Stimmen den Sozialisten Felix Gouin zu ihrem Präsidenten. Gouin war seit der Befreiung Frankreichs der Präsident der vorläufigen beratenden Nationalversammlung.

Der Rhein wieder schiffbar

Der Rhein ist wieder auf der gesamten Strecke und der Main bis Frankfurt durchgehend schiffbar. Bei der Neuorganisation der deutschen Binnenschifffahrt ist beabsichtigt, auf die bewährte Organisation zurückzugreifen, die bis 1933 bestanden hat.

Freie Durchfahrt durch die Dardanellen

Die amerikanische Regierung hat der Türkei vorgeschlagen, daß die Durchfahrt durch die türkischen Meerengen für Handelsschiffe aller Nationen frei bleibt. Wie bisher haben nur Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres das Recht, Kriegsschiffe durch die Meerengen zu senden.

Warenaustausch zwischen Bayern, Österreich und der Tschechei

Es wird ein Austausch von Gütern zwischen Bayern, Österreich und der Tschechoslowakei in die Wege geleitet. Die Ausfuhr aus Bayern wird sich hauptsächlich auf Schrottteilen und Chemikalien erstrecken.

Hitlers Privatbibliothek in den USA

Hitlers Privatbibliothek ist in die Vereinigten Staaten gebracht worden und wird der Kongressbibliothek in Washington übergeben werden.

Mozarteum arbeitet wieder

Das Mozarteum in Salzburg ist wieder Musikhochschule geworden und hat bereits 400 Schüler angenommen. Auch etwa hundert amerikanische Soldaten werden in eigenen Abendkursen in allen Fächern der Musikwissenschaft unterrichtet werden.

(Dana-Meldungen)

Sowjetunion für Zusammenarbeit

Molotow-Rede über Friedenspolitik und die Kriegsschäden in der Sowjetunion

Moskau, 9. Nov. (Dana.) Der Wunsch der Sowjetunion, mit Großbritannien, den Vereinigten Staaten und allen friedliebenden Ländern aufs engste bei der Sicherung eines dauerhaften Friedens zusammenzuarbeiten, wurde von Außenkommissar Molotow am Vorabend des 28. Jahrestages der russischen Oktober-Revolution in einer Rede über alle Sowjetsender zum Ausdruck gebracht. Molotow führte u. a. aus: „Die Sowjetunion ist stets der Politik treu geblieben, normale Beziehungen zu allen friedliebenden Ländern zu unterhalten. Sie war immer ein Vorkämpfer für den Frieden und die Sicherheit der Völker und ist bereit, dies nicht nur mit leeren Worten zu sagen, sondern durch Taten zu beweisen.“

Zusammenarbeit der Vereinten Nationen

Während des Krieges habe die Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien, den Vereinigten Staaten und zahlreichen anderen Ländern entwickelt und sei mit fast allen dieser Länder durch langfristige Bündnisse und gegenseitige Bestandsverträge verbunden. Die Dauerhaftigkeit der Koalition, die zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Amerika im Kampf gegen Hitler-Deutschland gebildet wurde, werde jetzt auf die Probe gestellt. Der Ausgang der Londoner Außenministerkonferenz sei bis zu einem gewissen Grade ein Warnungszeichen gewesen. „Aber“, so fügte Molotow hinzu, „auch während des Krieges ist es zu Schwierigkeiten in der Koalition der drei Mächte gekommen, und immer wieder wurde der richtige Ausweg gefunden.“ Über den Friedensbund der Vereinten Nationen erklärte Molotow, die neue Organisation dürfe nicht die Fehler des alten Völkerbundes wiederholen. „Nur die vereinten Anstrengungen aller Länder, die gemeinsam die Lasten des Krieges getragen und den Sieg der Demokratie über den Faschismus errungen haben, können den Erfolg dieser neuen Organisation und einen dauernden Frieden sichern.“

Keine Rachegefühle gegen die Besiegten

„Niemand unter uns“, so erklärte Molotow, „spürt Gefühle der Rache gegen die besiegten Völker. In unserem Verhalten zu ihnen dürfen wir uns nicht durch Vergeltungswünsche leiten lassen, sondern durch eine zielbewußte Politik, die neue Angriffsakte verhindern und einen etwaigen neuen Angreifer von vornherein möglichst isolieren soll. Deutschland, Italien und Japan sind für eine gewisse Zeit aus den Reihen der Großmächte ausgeschieden, die dem internationalen Leben seinen Stempel aufdrücken. Die alliierte Kontrolle richtet sich gegen ein Wiederaufleben von Angriffsgelüsten in diesen Ländern, nicht aber gegen ihre Entwicklung und ihren Aufstieg zum demokratischen und friedliebenden Staatsleben.“

Deutsche Verpflichtungen an die Sowjetunion

Außenkommissar Molotow gab einen Überblick über die gewaltigen Verwüstungen, die von den Deutschen in der Sowjetunion herbeigeführt wurden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 670 Milliarden Rubel. 1710 Städte und 70 000 Dörfer wurden niedergebrannt, über 6 Millionen Gebäude zerstört, gegen 32 000 Industriebetriebe vernichtet und 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht. Wir können das nicht einfach vergessen, erklärte Molotow, und müssen von den Ländern, die den Krieg entfesselt haben, wenigstens eine teilweise Wiedergutmachung dieser Schäden verlangen. Niemand kann die Berechtigung dieses Verlangens bestreiten. Der Sieg über Deutsch-

land bedeutet Vernichtung des Faschismus in Europa.

In einem Überblick über den Krieg in Europa hob Molotow hervor, daß Hitler-Deutschland nicht nur die Herrschaft in Europa, sondern die Weltherrschaft anstrebte. Er erklärte: „Der Sieg über Deutschland bedeute gleichzeitig den Sieg über den Faschismus in den übrigen Ländern Europas. Dieser Sieg muß als völlige militärische, moralische und politische Niederlage des Faschismus in ganz Europa gewertet werden.“

Molotow-Rede freundlich aufgenommen

Frankfurt, 9. Nov. (Dana.) Die Rede des russischen Außenministers Molotow hat in der amerikanischen und englischen Presse eine sehr freundliche Aufnahme gefunden und wird allgemein als Ausdruck der russischen Bereitwilligkeit bewertet, bei der Regelung der wichtigsten Nachkriegs-

fragen im Geiste der Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit Hand anzulegen.

Humane Behandlung der Kriegsgefangenen

London, 9. Nov. (Dana.) Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte im Unterhaus, daß die Bestimmungen der Genfer Konvention über die humane Behandlung von Kriegsgefangenen auch für die deutschen Kriegsgefangenen nach wie vor gültig seien, da Deutschland als Staat niemals aufgehört habe zu existieren. Auch die alliierte Kontrolle Deutschlands durch die Besatzungsmächte würde daran nichts ändern. Die Bestimmungen der Genfer Konvention werden daher von Großbritannien zur Zeit angewendet und auch weiterhin angewendet werden.



Den Toten des Freiheitskampfes

So schläft denn wohl im kühlen Grund,
Schläft ewig unvergessen!
Wir können euch den bleichen Mund,
Die starre Hand nicht pressen!
Wir können euch zu Ehr' und Zier
Mit Blumen nicht bewerkeln —
Doch können wir und wollen wir
Die Schwerter für euch schärfen!

Denn einen Kampf, der so begann,
Soll kein Ermatten schänden!
Ihr strittet vor, ihr fingt an:
So laßt denn uns vollenden!
Wir sind bereit, wir sind geschwind,
Wir treten in die Lücken!
Mit allen, die noch übrig sind,
Die Klinge woll'n wir zücken!

Denn heißen soll es nimmermehr!
Für nichts sind sie gestorben!
Für nichts, als was sie tags vorher
Ertrugt schon und erworben!
Denn keiner sage je und je:
Sie waren brav im Schießen!
Doch fehl' auch ihnen die Idee,
Da sie sich metzeln ließen!

Drum sollen eure Leichen nicht
Den Strom der Freiheit stauen,
Den Strom, der seine Fesseln bricht
In diesem Märzestauen!
Drum sollen sie die Stufen sein,
Die Stufen grün von Zweigen,
Auf denen wir zum Dach hinein
Der freien Zukunft steigen!

FERDINAND FREILIGRATH

Beginn der Reparationskonferenz

Paris, 9. Nov. (Dana.) Unter dem Vorsitz des französischen Außenministers George Bidault begannen die Verhandlungen des Alliierten Reparationsausschusses. An ihnen nehmen 17 Staaten teil. Auf der Tagesordnung steht die Verteilung von 75 % der von der deutschen Westzone zu leistenden Reparationsgüter; die restlichen 25 % fallen Rußland auf Grund der Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz automatisch zu. Deutschlands Reparationsleistungen werden in erster Linie aus Industrieanlagen bestehen, die für die deutsche Friedenswirtschaft als überflüssig betrachtet werden.

Englands Außenpolitik

Für Weltfrieden — Kontrolle der Atomenergie — Stellung zu USA und zur Sowjetunion

London, 9. Nov. (Dana.) Der englische Außenminister Bevin erklärte im Unterhaus, die Schaffung des Weltfriedens habe den Vorrang vor der Regelung der Frage der Atombombe. Bevin sprach seine Überzeugung aus, die Weltversicherungsorganisation der Vereinten Nationen werde zu einem Instrument des Weltfriedens werden, ehe die Atombombe zu einer wirksamen Kraft der Weltzerstörung werden könne. Darum sei die Schaffung des Weltfriedens die erste Aufgabe. Die großen Mächte sollten ihre Karten auf den Tisch legen. Die Atombombe kann auf die Dauer kein Geheimnis bleiben und das einzig Richtige ist darum die Übertragung der Aufsicht über die Verwendung der Atomenergie an eine internationale Sicherheitsorganisation. Großbritannien begrüße, erklärte Bevin weiter, die jüngsten programmatischen Erklärungen des Präsidenten Truman über die Grundlinien der amerikanischen Außenpolitik. Wie Amerika wünsche auch England, daß internationale Differenzen durch

Verhandlungen und nicht durch Anwendung von Gewaltmitteln gelöst werden.

Außenminister Bevin sagte: „Ich erkläre im Namen der britischen Regierung, daß wir keine Maßnahmen treffen oder dulden werden, die für die Sowjetunion in Osteuropa eine ungünstige Lage schaffen könnten. D. h. aber nicht, daß wir eine Politik der verschlossenen Tür und die Abschneidung jeden Verkehrs zwischen uns und Osteuropa akzeptieren würden. Die britische Regierung nimmt für sich das Recht in Anspruch, mit Frankreich, Holland, Belgien, den skandinavischen Ländern und auch anderen Staaten Verhandlungen zu pflegen. Diese Völker sind unsere Freunde und Verwandten und durch Kultur und Geschichte und die gleiche Auffassung über Demokratie mit uns verbunden.“

*

Die Debatte über Englands Außenpolitik wurde von Churchill als Führer der Opposition eröffnet. Er erklärte, die Opposition fühle sich in außenpolitischen Fragen eins mit der Regierung. Im Namen des ganzen Hauses wünsche er dem Ministerpräsidenten Erfolg in Washington. — Die Organisation der Vereinten Nationen müsse so ausgebaut und gestärkt werden, daß sie schließlich die Treuhänderschaft der Atombombe übernehmen könne.

Tod für Fliegermörder

Wiesbaden, 9. Nov. (Dana.) Fünf Deutsche, die in dem Darmstädter Kriegsverbrecherprozess der Ermordung von fünf amerikanischen Fliegern im August 1944 überführt wurden, werden am 10. November in Bruchsal gehängt werden. Die fünf zum Tode Verurteilten sind: Josef Hartgen, 41 Jahre alt, ehemaliger Vorarbeiter der Opelwerke und örtlicher Nazi-Propagandaleiter; Johannes Zepel, 66 Jahre, Landwirt; Johann Opper, 62 Jahre, Eisenbahnarbeiter; Philipp Gatlach, 49 Jahre, Landwirt; und Friedrich Wist, 41 Jahre, Eisenbahnarbeiter, sämtlich Einwohner des Ortes Büßelsheim.

9. November 1918 und 1945

Von

Irmgard Rasch-Enderle

Wie im November 1918 stehen wir Deutschen vor den übrigen Völkern als Kriegsentfacher und Kriegsverlierer da. Aber der deutsche Name ist diesmal unvergleichlich viel mehr in Mißkredit gebracht, und die Kriegsfolgen sind materiell wie politisch weit schlimmer als damals.

Wie damals stehen wir an der Wende einer geschichtlichen Epoche, steht vor uns allen die Frage: Wohin führt der Weg?

Im November 1918 glaubten große Massen, vor allem in der Arbeiterbewegung, die Zeit des sozialistischen Gesellschaftsaufbaues gekommen. Sie verbanden die Parole „Nie wieder Krieg!“ mit der Forderung nach sofortiger Sozialisierung. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung schreckte vor so weitgehenden Konsequenzen zurück, die speziell Betroffenen führten einen erbitterten Kampf dagegen. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, wobei als besonders tragische geschichtliche Tatsache zu verzeichnen war, daß Arbeiter gegen Arbeiter kämpften. Diejenigen, die die Hauptaufgabe darin sahen, zunächst einmal die politische Demokratie auf- und auszubauen, wurden die eigentlichen Träger des neuen republikanischen Staates.

In der Weimarer Republik wurden vor allem auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet wesentliche Reformen durchgeführt. Deutschland wurde allmählich wieder ein gleichberechtigtes Glied im Kreise der übrigen Völker. Aber die in der Weimarer Verfassung niedergelegten Ansätze zu einer Unterbauung der politischen Demokratie durch eine Demokratisierung der Wirtschaftsbeziehungen wurden nicht verwirklicht. Sogar die politische Demokratie wurde mehr und mehr zersetzt und ging schließlich in der großen Wirtschaftskrise 1930/33 völlig verloren. Die Nationalsozialisten konnten mit ihrer demagogischen Propaganda und nicht zuletzt vermittels der materiellen Hilfe großkapitalistischer Kreise sowie schon längst mit ihnen verbundener oberer Verwaltungsbeamter die Macht an sich reißen.

Heute werden von keiner Seite generelle Sozialisierungsforderungen gestellt. Das wird nicht nur dadurch verhindert, daß die Besatzungsmächte die wirtschaftliche und politische Gestaltung Deutschlands zunächst bestimmen. Alle Schichten der Bevölkerung, soweit sie nach dem restlosen Bankrott der nazistischen Diktatur einem demokratischen Neuaufbau zustreben, fühlen vielmehr, daß wirtschaftliche und weltanschauliche Kampfpunkte in den Hintergrund treten müssen gegenüber der zwingenden Notwendigkeit, aus den Trümmern zu erst ein mal überhaupt wieder Wohnungen und Produktionsstätten zu errichten.

Das bedeutet nicht, daß es keine Klassen- und Meinungsverstehenheiten mehr gibt. Sie dürfen auch nicht verwischt werden, wenn sie mit wachsender deutscher Selbstverwaltung und sich mehrenden konkreten Aufbauarbeiten mehr zutage treten. Aber sie müssen, wenn wir einen Aufstieg erleben wollen, in demokratischer Weise ausgeglichen werden!

Wenn wir heute das Bedürfnis haben, einen Boden, eine Richtschnur für unseren Neuaufbau zu gewinnen, so werden wir finden, daß wir dem Sozialismus nähergerückt sind als 1918, aller augenblicklichen materiellen wie ideologischen Wirrnis zum Trotz. Und das aus folgenden Gründen:

Der Nazismus hat tief in die Rechte der Privateigentümer der Produktionsmittel eingegriffen. Staatliche Wirtschaftslenkung, Preisregulierung, Produktionskontrolle wurden Selbstverständlichkeiten und können nicht wieder beseitigt werden, wenn aus den Trümmern so rationell und effektiv wie möglich, ja wenn überhaupt eine Friedenswirtschaft wirklich wieder aufgebaut werden soll. Mit dieser in viel weiteren Kreisen als im November 1918 vorhandenen Erkenntnis geht eine starke Verschönerung der Klassenzusammensetzung Hand in Hand. Wieviele, die früher glaubten, Arbeiter sei ein minderwertiger Stand, sind längst selbst Lohnarbeiter geworden. Wieviele werden es noch, wenn sie überhaupt eine Wiedereingliederung in das Wirtschaftsleben erreichen wollen! Diese aus wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten sich ergebende Tatsache führt mit der Zeit auch zu einer Veränderung der Mentalität dieser Menschen.

In Deutschland sind von allen Ländern vielleicht die stärksten Voraussetzungen dieser Art gegeben. Aber auch in der übrigen Welt ist die gleiche Entwicklungstendenz festzustellen.

In der ganzen Welt wird heute von Demokratie gesprochen. Etwas anderes als demokratischer Aufbau ist sozusagen verfehlt. Diese Ideologie entspringt den furchtbaren Erfahrungen, daß nach dem ersten nochmal ein Weltkrieg — mit weit verheerenderen Folgen — entstehen konnte. Sie entspringt aber auch der Tatsache, daß eine Fortentwicklung der Menschheit buchstäblich in Frage gestellt ist, wenn national wie international, demokratische Zusammenarbeit nicht geschaffen wird. Dabei wird, wie bereits erläutert, Demokratie nicht mehr nur als gleiches Wahlrecht und Parlamentarismus verstanden, sondern auch wirtschaftlich und allgemein sozial. Die Aufgabe, sozialen Ausgleich in der Gesellschaft zu schaffen, ein Hauptziel des Sozialismus, ist damit der praktischen Inangriffnahme nähergerückt.

Es ist heute nicht an der Zeit, sozialistische Zielvorstellungen als praktische Tagesaufgabe zu proklamieren. Aber es kommt darauf an, den sozialen Entwicklungstendenzen, die wir bei Überprüfung der Situation erkennen, nicht etwa hemmend im Weg zu stehen, sondern im Gegenteil sie so aktiv wie nur möglich zu fördern — jeder einzelne an seinem Platz. Ein Rückblick bis zum November 1918 ist so recht geeignet, dafür ein Ansporn zu sein.

Ungarn wählte

Kleinlandwirtepartei erhielt absolute Mehrheit

Budapest, 9. November. (Dana.) Die Wahlen in Ungarn brachten einen Sieg der Kleinlandwirtepartei, die mehr Stimmen erhalten hat als Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationale Bauernpartei zusammen. Sie besitzt die absolute Mehrheit.

Es erhielten an Stimmen: Kleinlandwirtepartei 2 547 000 (246 Sitze), Sozialdemokratische Partei 747 000 (72 Sitze), Kommunistische Partei 742 000 (67 Sitze), Nationale Bauernpartei 301 000 (20 Sitze), Splittergruppen 70 000 (3 Sitze).

Die vier Hauptparteien hatten sich schon vor den Wahlen verpflichtet, ungeachtet des Ergebnisses nach den Wahlen eine Koalitionsregierung zu bilden. Marschall Woroschlow, der sowjetrussische Befehlshaber in Ungarn, hatte angeregt, die vier Parteien sollten eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellen. Doch lehnten sowohl die Kleinlandwirtepartei als auch die Sozialdemokraten ab. Die Wahlen sind, wie auch die hier anwesende englische Parlamentarierabordnung bestätigt, in völliger Freiheit abgehalten und von den Behörden in keiner Weise beeinflusst worden. Alle frühe-

ren ungarischen Wahlen seit 1867 hatten unter stärkstem polizeilichen und sogar militärischem Druck stattgefunden.

Der kommende Ministerpräsident Ungarns dürfte Dr. Zoltan Tildy, der Vorsitzende der Kleinlandwirtepartei, sein. Diese Partei gilt allgemein als gemäßigt fortschrittlich und strikt demokratisch. Sie erlangte nach dem ersten Weltkrieg Bedeutung. Ihr Gründer, Stephan Szabo, trat entgegen den Bestrebungen der Horthy-Gruppe für eine Bodenreform ein.

Tildy schilderte in dem Interview die Wirtschaftslage des Landes in düsteren Farben: Die Entwertung des Pengö könne verlangsamt, aber nicht aufgehoben werden, solange die Erzeugung brachliege. Die Regierung werde um einen Aufschub der Reparationszahlungen ersuchen müssen. (Ungarns Verpflichtungen betragen 300 Millionen Dollar jährlich.) Unsere zweite große Sorge ist: Brot bis zur nächsten Ernte. Ab Mitte Januar werden wir Weizenbrot immer mehr durch Maisbrot ersetzen müssen, aber auch dies wird nicht genügen.